



# Der Fall des Geheimen Ein Blick unter den eigenen Teppich

7. und 8. November 2014 in der TU Berlin

30 Jahre Forum InformatikerInnen für Frieden  
und gesellschaftliche Verantwortung

FIF-Konferenz 2014

## Der Fall des Geheimen – Ein Blick unter den eigenen Teppich

*Wir haben die Rolle Deutschlands und der deutschen Geheimdienste im Kontext der älteren und jüngeren Erkenntnisse – von Echelon über Prism bis Eikonol – zusammen mit rund 400 Besucherinnen und Besuchern beleuchtet und Handlungsoptionen erarbeitet. Natürlich muss die Bearbeitung nun weitergehen.*

Am 7. und 8. November 2014 lud das FIF – Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung – zur FIF-Konferenz 2014 ein. Dabei warfen wir den längst überfälligen Blick unter Deutschlands eigenen Geheimdienst-Teppich, denn spätestens nach den jüngsten Enthüllungen zur Rolle Deutschlands im globalen Geheimdienststroulette ist es absurd, nur mit dem Finger über den Atlantik oder auf die Britischen Inseln zu zeigen. Insbesondere Deutschland agiert willentlich als Dreh- und Angelpunkt globaler geheimdienstlicher Aktivitäten und treibt die flächendeckende Überwachung voran.

Wir wollten die Rolle der deutschen Geheimdienste beschreiben und verstehen, wie die Überwachungssysteme gebaut sind, nach welchen Menschen- und Weltbildern sie konzipiert und in welchen Kontexten sie verwendet werden. Mit Experten, Betroffenen, Politikern und der Öffentlichkeit wurden technische, politische, rechtliche, wirtschaftliche und historische Aspekte betrachtet – von Echelon über Prism bis Eikonol. Die Zusammenarbeit von Geheimdiensten, deutschen Telekommunikationsanbietern und Technikern bedarf der besonderen Aufmerksamkeit.

Nötig ist der Blick unter den eigenen Teppich auch, weil die deutsche parlamentarische Aufklärungsarbeit zu den Machenschaften von NSA, GCHQ, BND und Co. nur schleppend vorankommt und angesichts der systematischen Missachtung von

Menschenrechten und Grundrechten durch die deutschen Geheimdienste halbherzig wirkt. Zudem sabotiert die Bundesregierung das parlamentarische Unterfangen absichtsvoll und maßgeblich: Sei es durch fast durchgehend geschwärzte oder gänzlich zurückgehaltene Dokumente, durch die Verhinderung von Zeugenvernehmungen oder durch monatelange Verzögerungen. Die Regierung und ihre Geheimdienste haben offenbar aktiv vergessen, dass sie eigentlich vom Parlament kontrolliert werden sollten und nicht andersherum.

Ute Bernhardt, Matthias Bäcker, Wolfgang Coy, Hans-Jörg Kreowski, Constanze Kurz, Wolfgang Nešković, Frank Rieger, Anne Roth, Ingo Ruhmann, Peter Schaar, Erich Schmidt-Eenboom, Patrick Sensburg, Hans-Christian Ströbele, Gregor Wiedemann und Andy Müller-Maguhn trugen mit ihren Vorträgen zum Gelingen der Konferenz bei. Das *Nö-Theater* führte am Samstagabend das Stück *V wie Verfassungsschutz* auf.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir die Beiträge unserer Referentinnen und Referenten zur Konferenz. Dazu haben wir ihre Vorträge zusammengefasst. Natürlich gilt wie immer das gesprochene Wort: Alle Vorträge wurden aufgezeichnet und sind über die Konferenz-Web-Seite <https://fifkon.de> unter <https://fifkon.de/medien.html> zugänglich.

FIF-Konferenz 2014

## Begrüßung und Auftakt

### Zusammenfassung des Vortrags von Hans-Jörg Kreowski

Dies ist die 30. Jahrestagung des FIF, daher kann man auch kurz ein paar Reminiszenzen formulieren. Vor 30 Jahren hat die Berliner Regionalgruppe des FIF hier bei ist sie aus der „Friedensinitiative“ hervorgegangen.

Die Friedensinitiative erstellte damals z.B. eine Broschüre und organisierte eine diesbezügliche Veranstaltung mit dem Thema

erschieden in der FIF-Kommunikation,  
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fif.de](http://www.fif.de)

„Informatik – zwischen Krieg und Krieg“. Denn die Informatik hat das Wort in 2. Weltkrieg und es bestand damals die Gemesmal mithilfe der Informationsbeteiligung der Informatik gilt leizukünftigen Kriege.

Es gab damals auch einen Hochschulfriedenstag, an dem keine normale Lehre, sondern Diskussionen, Filme und Vorträge statt-

wir eben Komplizen. Das betrifft auch Siemens China, die Überwachungstechnik via Abu Dhabi in den Iran verkaufen wollten. Nur weil die Briten darauf hinwiesen, stoppte die Bundesregierung den Deal widerwillig. Viele Nachrichtendienste von Diktaturen (von Sudan bis Oman) sind in Deutschland und die mitwissenden Mitarbeiter überhaupt nicht. Unser Vorteil in der Überwachung des angelsächsischen Raums – ist es denn er lässt sich alles vom Bundesamt für Verfassungsschutz – mindestens in Deutschland existiert also kein „tiefer Staat“, die Dienste sind nicht außer Kontrolle. Natürlich erschafft das Wissen des Bundeskanzleramtes noch lange keine Rechtsgrundlage und umreißt das politische Problem.

erschienen in der *FifF-Kommunikation*,  
herausgegeben von *FifF e.V.* - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

Dass wir nun durch Snowden eine derartige Aufmerksamkeit haben, ist der Masse und Unabstreitbarkeit der Dokumente zu verdanken, denn viele Einzelheiten waren der Fachwelt schon bekannt. Die öffentliche Diskussion ist also der eigentliche Ver-

brochen werden sollen, müssen gleichem Strang ziehen. Medien sollten sich auf tiefere Berichterstattung konzentrieren; Auslandsjournalisten dürfen nicht mehr direkt dem BND zuarbeiten, wie es leider aktuell oft der Fall ist; und nicht zuletzt könnte auch die Technikergemeinde massiv Gegenaufklärung betreiben.



## FifF-Konferenz 2014

# Das trojanische Pferd *Terrorismus*

## Zusammenfassung des Vortrags von Anne Roth

Angesichts der Errichtung des *Islamischen Staates* im Nordwesten des Iraks und Syriens ist das Thema Terrorismus wieder näher in die Berichterstattung gerückt. Als wohlbekannter Propagandabegriff wird er immer wieder benutzt, um Grundrechte zu verändern. Dabei ist meist unklar, was mit dem Begriff *Terrorismus* tatsächlich gemeint ist.

Die Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet Terrorismus als Mittel der unterdrückten Klasse, die herrschende Schicht unter Druck zu setzen. Wer gerade als Terrorist bezeichnet wird, dies variiert meist je nach Dekade und auch nach politischem Interesse der Regierenden. Per dieser Definition handelt es sich meist um Minoritätengruppen, die eine Überreaktion der Herrschenden verursachen möchten. So galt die damalige *Rote-Armee-Fraktion* in den 70ern als gewaltbereit, und sie konnte aufgrund der Schwere der Anschläge die Sympathie der Bevölkerung nicht auf sich ziehen. Somit zeigt sich an den unterschiedlichen Vereinigungen (ETA, Hamas), dass sie mittels Anschlägen und medienwirksamen Taten politische Ordnungen verändern und einen strukturellen Wandel hervorrufen möchten. Inwiefern sie jedoch als Freiheitskämpfer, Revolutionäre, Opfer oder Terroristen bezeichnet werden, hängt davon ab, wer die Definitionsmacht besitzt und sie auch ausführen kann.

### Der 11. September als Blaupause

Interessant ist dabei ebenfalls, dass terroristische Aktivitäten erst seit dem 11. September 2001 als Straftatbestand gelten. Nach Ansicht der UN handelte es sich beim 11. September um Terro-



rismus, da unschuldige Menschen getötet wurden, aus dem einfachen Grund, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Brigitte Zypries, die damalige Justizministerin, bezeichnet 9/11 nicht als Terrorakt, da die Vereinigten Staaten nicht in ihrem Bestand gefährdet wurden. Verwirrung gibt es auch über die statistische Erfassung der Fälle. EU-weit wurden bisher 7 Tote durch Terroranschläge registriert, doch ist unklar, ob diese Anschläge terroristisch oder politisch einzuordnen sind. Auch die Heraushebung einzelner Personenmerkmale wird dabei immer wieder herangezogen, um Kausalketten schlüssig manipulieren zu können. So spielen Religionszugehörigkeit und Nationalität meist eine größere Rolle als Veganismus, linke politische Einstellung oder Aktivismus im Anti-Atom-Bereich. Seit den Anschlägen des 11. September wird daher Terrorismus meist der Gruppe der muslimischen Männer zugeschrieben, obwohl gerade auf dem europäischen Kontinent dieser Begriff viel weiter gefasst werden müsste. Ob Frankreich,

**Anne Roth**

**Anne Roth** ist Politologin, Netzaktivistin und Bloggerin. Ihre Beschreibungen der persönlich erlebten (zweifelhaften) Überwachung und der (später aufgehobenen) Verhaftung ihres Partners sowie ihre Arbeiten zu Terrorismus und den Ämtern für Verfassungsschutz sorgten für Aufsehen. Sie arbeitete für das *Tactical Technology Collective* und ist Referentin im NSA-Untersuchungsausschuss.



Irland oder Spanien, sie alle haben mit Separationsbewegungen zu kämpfen. Wird jedoch über Terrorismus gesprochen, werden zumindest in unserer deutschen Medienkultur diese Bewegungen kaum beachtet. 1871 wurde im Reichsstrafgesetzbuch §129 die Definition für Terrorismus festgelegt: dabei handelt es sich um die Teilnahme an einer Verbindung, um Verwaltung oder Gesetzesdurchsetzungen zu verhindern oder zu entkräften. Erst später wurde eingeführt, dass auch die Werbung für solch eine Teilnahme verboten ist. Während der RAF-Zeiten wurde dann außerdem das Einschüchtern und Angreifen von Grundstrukturen hinzugefügt.

Leider hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass diese Definition nicht ausreichend ist, sodass bisherige Verfahren in 95 % der Fälle wieder eingestellt wurden. Die Betroffenen wissen meist nicht, dass sie in das Visier der Ermittler geraten sind. Es kann somit festgestellt werden, dass Terrorismus eine Art Konjunkturbegriff ist, der immer wieder zur Verschärfung von Sicherheitsgesetzen herangezogen wird. Als gefährlich eingestufte Gruppen wechseln daher ständig, mal sind es linksextreme Gruppen, dann die organisierte Kriminalität oder Hooligans.

Gleichzeitig verwendet die politische Öffentlichkeit diese Bezeichnungen sehr ungenau. Eine Wand der Bedrohung wird nahezu täglich gezeichnet und Hass, eine durchaus unpolitische Regung, wird geschürt. Geschichtlich verankerte Begriffe, die mit der eigenen Identität zusammenhängen könnten, werden allerdings aus Selbstschutz und Überdrüssigkeit nicht mehr verwendet. So werden Nazis nicht mehr als Nazis bezeichnet, sondern als Hooligans.

Trojaner werden dann eingesetzt, wenn die vermeintliche Terrorgefahr eingedämmt werden muss, wozu jedoch auch Sicherheitsgesetze verschärft werden. Diese Begründung hilft dann eben, noch schärfere Verfahrensweisen anzuwenden. Die Definitionen, die diese Verfahrensweisen legitimieren, sind jedoch äußerst schwammig, und Fehlteile sind vorprogrammiert: wer Terrorist ist, wird definiert. Dass die Überwachung der Kommunikation der eigentliche Terror ist, wird als übertrieben, naiv und übersensibel abgetan. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Menschen bereits heute am Telefon wieder genauestens überlegen, was sie sagen.

FiFF-Konferenz 2014

## Skandal! Reform? Weitermachen! Eine Analyse der Geschichte des Verfassungsschutzes mit Hilfe von Text Mining

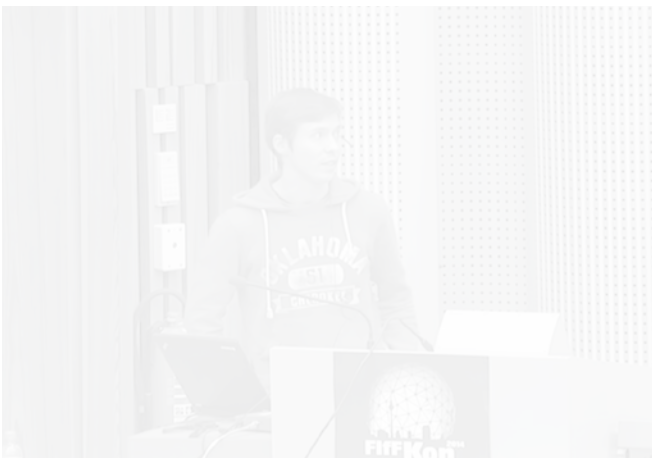
Zusammenfassung des Vortrags von Gregor Wiedemann

Das Terrornetzwerk NSU (*Nationalsozialistischer Untergrund*), das jahrelang aus dem Untergrund heraus raubte und mordete, hat sich im Jahr 2011 selbst enttarnt. Der Verfassungsschutz hatte es angeblich nicht entdeckt, obwohl er laut Recherchen von Untersuchungsausschüssen und Journalistinnen und Journalisten vielen Fällen erheblich nahe gekommen sein muss. Als Frühwarnsystem, das das Bundesamt für Verfassungsschutz laut seines Auftrags sein soll, hat es mehrmals kläglich versagt. Dies ist der Ausgangspunkt der Forschung von Gregor Wiedemann.

deckenden Verfahren und Textanalyse, sogenanntem Text-Mining, unter die Lupe. Text-Mining nutzt computerbasierte Methoden für eine semantische Analyse von Text, die automatisch oder halbautomatisch unter Ausnutzung von statistischem oder linguistischem Wissen Strukturen in sehr großen Textmengen entdecken.

Wiedemann analysierte auf diese Weise 5.078 Artikel von *Der Spiegel* und *Die Zeit* von 1950 bis 2011, die sich in irgendeiner Form mit dem Verfassungsschutz beschäftigen.

Die Verteilung der Artikel über die Zeit zeigt eine ansteigende Kurve mit vielen Spitzen. Die Berichterstattung nimmt also zu



1950 gestatteten die Westalliierten der Bundesrepublik neben der Gründung des BKA auch die Einrichtung eines Inlandsgeheimdienstes. Die seitdem stattfindende Berichterstattung über den Verfassungsschutz nahm Wiedemann mit strukturent-

